

Grüne Wirtschaftsdemokratie

statt der „unsichtbaren Hand des Marktes“

(Kritikpapier zum „AutorInnenpapier: Grüne Marktwirtschaft“)

Werner Hager, Rüdiger Sagel, Robert Zion,
Hubertus Zdebel, Jürgen Klippert

Inhalt:

1. Vorbemerkung

2. Unsere langfristigen Leitbilder

3. Kritik strategisch gesetzter Begriffe

3.1 „Mehr Wachstum“, „Mehrwert“ und „Wohlstand“

3.2 „Markt“, „Grüne Marktwirtschaft“, „Unsichtbare Hand des Marktes“

3.3 „Wettbewerb“, „Mehr Wettbewerb“, „Wettbewerbsintensität“

3.4 Die „UnternehmerIn“ und die „Verantwortung“

4. Falsche Ausrichtungen

4.1 *In die Luft geblasen* oder „der Erfolg der europäischen Industriepolitik mit (dem) Airbus“

4.2 *Ausverkauf durch die Hintertür* oder die öffentlich-private Konkurrenz

4.3 *Hartz II..., IV, V usw.* oder von der Ich-AG zur „PmbH“

4.4 *Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen* oder die „gezielte Einwanderungssteuerung für... höher Qualifizierte“

4.5 *Jahrhundertsteuerreform II, III, IV usw.* oder die „Senkung der Unternehmenssteuersätze“

4.6 *Nur der Tod ist umsonst* oder „das Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt umbauen“

5. Widersprüche

5.1 Der „Umverteilungsstaat“ und die „Rundumversorgung“ vs. reale Verhältnisse

5.2 „Vorsprung der deutschen Wirtschaft“ vs. außenwirtschaftliches Gleichgewicht

6. Verflechtungen - Bertelsmann, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft & Co.

7. Alternativen

7.1 Innerparteiliche Basisdemokratie

7.2 Zivilgesellschaftliche Basisdemokratie

7.3 Elemente Grüner Wirtschaftsdemokratie

1. Vorbemerkung

Ludwig Erhard mit grüner Zigarre? Was vor einiger Zeit noch als ironische Karikatur daherkam, ist inzwischen in einem AutorInnenpapier gemündet. Im November 2006 haben die Bundestagsabgeordneten Fritz Kuhn, Biggi Bender, Matthias Berninger, Thea Dückert, Anja Hajduk, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Gerhard Schick und Margareta Wolf das Papier "Mehrwert - Grüne Marktwirtschaft" vorgelegt.

Darin legen die AutorInnen unter dem in Anlehnung an Adam Smith entstandenen, prägnanten Titel "Die unsichtbare Hand des Marktes wird Grün" ein klares Bekenntnis zu Unternehmertum, Wettbewerb und Markt ab und senden damit ein Signal in Richtung Wirtschaftsliberalismus und Kapitalismus. Die neun FraktionsautorInnen wollen die Grünen neu positionieren, wollen sie für Koalitionen mit der CDU und gar der FDP aufhübschen.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass dem AutorInnenpapier die Grünen Säulen und die Grünen Visionen fehlen.

Es fehlt vor allem die Grüne Kritik, die seit je her auch erkennt, dass die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen eben auch hervorbringt und verschärft und als solche nur sehr bedingt zur Lösung der Probleme beitragen kann, die sie selbst erzeugt.

Bevor wir zur Erläuterung der zentralen Begrifflichkeiten und Forderungen des AutorInnenpapiers kommen, wollen wir einige langfristige Leitbilder Grüner Wirtschaftspolitik formulieren, die die vorhandene Wirtschaftsordnung nicht als absolut und quasi vordemokratisch gegeben setzen, sondern als politisch gestalt- und veränderbar annimmt.

In Fortsetzung unserer konzeptionellen Tradition setzen wir deshalb der „Grünen Marktwirtschaft“ - oder ehrlicher dem "Grünen Kapitalismus" - eine GRÜNE WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE entgegen.

2. Unsere langfristigen Leitbilder

Die sichtbare Gestaltung Grüner Wirtschaftsdemokratie statt der „unsichtbaren Hand des Marktes“

Unser Ziel ist eine Grüne, d. h. ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie, in der Politik grundsätzlich vor Wirtschaft kommt und deren äußere Rahmenbedingungen und internen Regeln demokratisch, öffentlich-transparent und verbindlich setzt.

Wirtschaft findet in der Gesellschaft statt.

Nicht der scheinbare Automatismus der „unsichtbaren Hand des Marktes“ kann Leitprinzip Grüner Wirtschaftsdemokratie sein, sondern vielmehr die für jedermann/frau sicht- und demokratisch beeinflussbare Gestaltung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse.

Zwar teilen wir die ordoliberalen Ansicht, dass „die Wirtschaftsordnung nicht die Ordnung der Wirtschaft“ ist, halten jedoch die ordoliberalen und für uns widersprüchliche, vordemokratische Vorfestlegung der Wirtschaftsordnung auf Marktwirtschaft und Kapitalismus für unsere gesellschaftspolitischen Grünen Ziele der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, des Ausbaus der Demokratie und der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau für kontraproduktiv und falsch.

Vielmehr treten wir dafür ein, Markt und Wettbewerb lediglich als Instrumente zu verstehen und sie dort in ihrem freien Spiel zuzulassen, wo sie sich bewähren, dort aber wo Markt und Wettbewerb nachweislich zu ökologischen, sozialen und politischen Schief lagen führen, muss eine nachhaltige Weiterentwicklung bisheriger mischwirtschaftlicher Systeme (bestehend aus privaten, öffentlichen, genossenschaftlichen und non-profit-Sektoren sowie vielfältigen Formen gesellschaftlicher Eigenarbeit) solidarisch und demokratisch durchgesetzt werden.

Demokratie geht vor Wirtschaft, heißt für uns aber nicht, den Staat zu einer allmächtigen und allgegenwärtigen Kontrollinstanz aufzublähen, sondern sich vielmehr unsere lange demokratische Tradition und Erfahrung zunutze zu machen und die Demokratie selbst auszuweiten, weiterzuentwickeln und in die Wirtschaft nachhaltig zu implementieren.

Die Demokratisierung der Wirtschaftsordnung muss durch eine Ordnungspolitik ergänzt und begleitet werden, die globale Rahmenbedingungen des Wirtschaftens

nach demokratisch-rechtsstaatlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten verbindlich setzt. Auch hier gilt: eine Ordnungspolitik im Sinne neoliberalen und ordoliberalen Markt fetischismus auf der einen und Staatsfetischismus auf der anderen Seite lehnen wir als realitätsfern ab. Ordnungspolitik darf sich nie nur auf Wettbewerbspolitik beschränken, sondern muss ebenso die bestehende mischwirtschaftliche Ordnung als Ganzes in ihren Bezügen zu ihren natürlichen Grundlagen und sozialen Auswirkungen im Blickfeld haben.

Zentrales Prinzip Grüner Wirtschaftsdemokratie ist die Durchhaltbarkeit aller wirtschaftlichen Prozesse im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit. Für uns heißt dies, dieses Prinzip Schritt für Schritt sowohl in die Wirtschaftsordnung selbst als auch in die Ordnung der Wirtschaft dauerhaft zu integrieren. Langfristig muss der Grundsatz der Ökonomie der Aufklärung, dass der Natur nichts entnommen werden darf, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden kann, zur Grundregel unseres Wirtschaftens werden.

Eine Gesellschaft, die dauerhaft gegen ihre natürlichen Grundlagen handelt, ist zum Untergang verurteilt. Die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft und eines daher erforderlichen nachhaltigen Umbaus unseres Wirtschaftsoutputs statt des bisherigen blinden Wachstums, der in weiten Teilen der Weltwirtschaft nach wie vor vorherrschenden Natur- und Menschausbeutung und der rein quantitativen Vermehrung unseres Wirtschaftsoutputs wird zur Überlebensfrage.

Grüne Wirtschaftsdemokratie folgt dem Prinzip der Gerechtigkeit. Wir halten die von uns Grünen wesentlich mitgeprägten Begriffe von Teilhabegerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Zugangsgerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit für richtig und wichtig, betonen aber ausdrücklich, dass eine hinreichende Verteilungsgerechtigkeit in Wirtschaftssystemen, die noch wesentlich kapitalistisch-marktwirtschaftlich mitgeprägt sind als Grundvoraussetzung neuer Gerechtigkeitsmodelle unabdingbar ist. Die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ordnung selbst verteilt immer um, vom Faktor Arbeit zum Faktor Kapital, von unten nach oben, von den Schwachen zu den Starken, von den armen zu den reichen Ländern. Darum ist jede Umverteilung, die wir vornehmen müssen, eine Balance und demokratische Verhältnisse schaffende Zurückverteilung, eine REdistribution, wie die ÖkonomInnen sagen.

Die langfristigen Leitbilder Grüner, ökologisch-sozialer Wirtschaftsdemokratie lauten:

- DEMOKRATIE (partizipativ): Demokratie geht vor Wirtschaft und muss auf diese ausgeweitet werden.

- WIRTSCHAFTSORDNUNG (offen): Die internen Regeln der Wirtschaftsordnung selbst in ihren Mischformen müssen immer Ergebnis und nicht gesetzter Ausgangspunkt der Demokratie sein.

- ORDNUNG DER WIRTSCHAFT (ordnungspolitisch): Die äußeren demokratisch-rechtsstaatlichen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens müssen jederzeit demokratisch transparent und beeinflussbar sein.

- NACHHALTIGKEIT (durchhaltbar): Nichts darf der Natur entnommen werden, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden kann.

- GERECHTIGKEIT (solidarisch): Verteilungsgerechtigkeit bleibt nach wie vor Bedingung der Möglichkeit von Teilhabe-, Chancen-, Zugangs-, und Geschlechtergerechtigkeit.

Entlang dieser fünf Leitbilder ökologisch-sozialer Wirtschaftsdemokratie können wir alle wesentlichen Teilbereiche einer Grünen Wirtschaftspolitik in Absetzung von sämtlichen, rein parteistrategisch gesetzten Schlagwörtern des AutorInnenpapiers definieren. Dabei wird dieses Kritikpapier nicht den Weg des AutorInnenpapiers gehen, einfach nur eine Summe der Einzelforderungen unserer Partei zu ziehen und dieser dann mit neuen Überschriften eine neue Richtung zu geben, sondern wir werden zunächst die für uns kritikwürdigen Punkte aufgreifen, erläutern und auf der Basis unserer langfristigen Grünen Leitbilder hiernach wichtige für uns aus dem Auftauchen des AutorInnenpapiers zu ziehende Konsequenzen formulieren. Unser Papier folgt dabei dem Prinzip, den hintergründigen gedanklichen Zusammenhang des AutorInnenpapiers ans Licht zu bringen, eine Methode, bei der ein Mindestmaß auch an theoretischen Erläuterungen nicht ganz zu vermeiden ist, die wir aber so knapp wie nur möglich zu halten versuchen.

Die konkret-inhaltlichen Alternativen werden die nordrhein-westfälischen Grünen an anderer Stelle systematisch aufzeigen und – im Gegensatz zu den AutorInnen des

AutorInnenpapiers – als offenen Diskussions- und Entscheidungsprozess in die Partei einbringen.

3. Kritik strategisch gesetzter Begriffe

3.1 „Mehr Wachstum“, „Mehrwert“ und „Wohlstand“

Wachstum in seiner bisherigen und noch heute weitestgehend verstandenen Form ist ein qualitativ blinder, reiner Geldwert, der lediglich den Zuwachs der Summe aller volkswirtschaftlich erzeugten öffentlichen und privaten Güter und Dienstleistungen bezeichnet. Aufgrund der qualitativen Blindheit dieses Wachstumsverständnisses halten wir die implizit im AutorInnenpapier hergestellte Verbindung von „mehr Wachstum“ mit „Mehrwert“ und „Wohlstand“ für falsch und konstruiert.

Da eine tatsächliche Neuwertschöpfung ausschließlich durch die Faktoren natürliche Ressourcen und lebendige menschliche (geistige und körperliche) Arbeit entsteht, dieser erzeugte Mehrwert aber nach wie vor in erheblichen Teilen unserer Wirtschaftsgesellschaft weder vermarktbar noch in Geldwerten ausdrückbar ist, brauchen wir einen qualitativen Wachstums-, Arbeits- und Wohlstandsbegriff, der sowohl die Gebundenheit an die natürlichen Grundlagen als auch das weite Feld gesellschaftlicher, nicht in Geldwerten erfassbarer Arbeit umfasst. Tatsächlich sind wir der Ansicht, dass ein rein quantitatives Wachstum des BIP den Wohlstand sogar ab- statt ausbauen kann. Wir stellen daher tendenziell eine ökologische, kulturelle und politische Wohlstandsverelendung von auf blindes Wachstum ausgerichteten, weitestgehend noch kapitalistisch-marktwirtschaftliche organisierten Massenkonsumgesellschaften fest. Quantitatives Wachstum muss eine Teilmenge des qualitativen Wachstums sein und nicht umgekehrt, wie im AutorInnenpapier suggeriert wird. Als konkrete Handlungsfelder sehen wir daher:

- Die Anerkennung von bisher nicht bezahlten Formen der Arbeit (Erziehungs- und Heimarbeit, Eigenarbeit, gesellschaftliche, kulturelle und soziale Arbeit etc.) als Mehrwert schöpfend und entsprechende Entlohnung durch die langfristige Abkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit durch die Einführung einer Grundsicherung/eines Grundeinkommens.

- Die schrittweise Ankoppelung von qualitativen wie quantitativen Wachstumsprozessen an naturgrundlagengebundene Kreisläufe (ressourcenleichtes Wirtschaften, erneuerbare Energien, Um- statt Ausbau des wirtschaftlichen Outputs auch in der Massengüterproduktion)
- Die im wesentlichen durch technischen und kulturellen Fortschritt bedingten Produktivitätszuwächse müssen schrittweise vom rein quantitativen Wachstum weggelenkt und zur Umverteilung von Arbeit und Chancen genutzt werden (Arbeitszeitverkürzung, Bildung, Ausbildung, gesellschaftliche Teilhabe etc.)

Wirtschaft ist eine vielfältige Kultur- und Überlebenstechnik von auf ihre natürlichen Grundlagen angewiesenen Gesellschaften und kein sich selbst erfüllender Zweck. Nützlicher Grüner Mehrwert und Wohlstandszuwachs entstehen nur, wenn eine Annäherung der gesellschaftlichen Ordnungen an ihre Naturgrundlagen erfolgt und die kalte Monokultur des Kapitalismus zur Vielfalt sich selbst tragender Kulturgesellschaften wird. Letzten Endes bedeutet für uns darum tatsächlicher Wohlstand und Grüner Mehrwert einen Zuwachs von lebendiger menschlicher Arbeit in all ihren sinnstiftenden, geld- oder nichtgeldwerten Formen und nicht ein Zuwachs toten Kapitals.

3.2 „Markt“, „Grüne Marktwirtschaft“, „Unsichtbare Hand des Marktes“

Erstaunt nehmen wir als Grüne zur Kenntnis, wie die AutorInnen des AutorInnenpapiers die Selbstbeschreibungen und Mythen des historisch als Spielart des Neoliberalismus geltenden Ordoliberalismus unhinterfragt übernehmen und die konservativ-wirtschaftsliberale Fetischisierung des „Wirtschaftswunders“ und der Person Ludwig Erhards fortführen. Tatsächlich aber wurden die meisten sozialen Errungenschaften der „Sozialen Marktwirtschaft“ (steuerliche Umverteilung, wirtschaftspolitische Globalsteuerung, Mitbestimmung, Tarifautonomie, soziales Netz und Sicherungssysteme etc.) gegen die Konzepte und den Willen Erhards und der Mehrheit der Ordoliberalen der sogenannten „Freiburger Schule“ (Eucken, Röpke, Rüstow, Müller-Armack etc.) politisch und gewerkschaftlich durchgesetzt. Mit der Wiedereinführung der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg ließ sich weder die ordoliberalen Prämisse eines mächtigen, kontrollierenden Staates, noch das Ideal

einer vollkommen freien Marktwirtschaft mit starker Konkurrenz aufrecht erhalten. Erhard selbst vertrat eine rein angebotsorientierte, auf Konzerne ausgerichtete Wirtschaftspolitik und verstand das Soziale in der „Sozialen Marktwirtschaft“ stets nur als Verkaufsformel. Soviel zu den Luftbuchungen der ordoliberalen Theorie und deren vergangene und zukünftige Realitätstauglichkeit.

Die „unsichtbare Hand des Marktes“ gibt es nicht. Sie ist lediglich eine theoretische Fiktion, die unter der Voraussetzung realitätsferner Idealbedingungen (vollständige Information aller Marktteilnehmer, vollkommen offene Märkte und vollständiger Wettbewerb ohne ein Machtungleichgewicht durch Monopole, Oligopole oder Kartelle) den quasi automatisch über den Angebot-Nachfrage-Preis-Mechanismus erfolgenden Gleichgewichtszustand nur behauptet. Die Wahrheit des Marktes im Kapitalismus hingegen ist, um kurz im Allgemeinen dieser Fiktion zu bleiben, stets sichtbar gewesen und liegt auf der Hand: Naturausbeutung und –zerstörung durch die im System angelegte Kurzfristigkeit der Marktinteressen, dramatische Fehlallokationen (Nord-Süd-Gefälle, Massensterben durch Hunger trotz ständig steigender Nahrungsmittelproduktion), gezielte Nicht- bzw. Desinformation der Marktteilnehmer (Werbeindustrie, informationelle Abschottung der Produzenten gegenüber dem Verbraucher), Marktmacht durch Konzentrationsprozesse, Monopole, Oligopole und Kartelle (Energieoligopole, Abhängigkeit der Zulieferer von den Automobilkonzernen) oder auch schlicht zunehmendes Versagen der Marktmechanismen in wesentlichen Teilbereichen (Massenerwerbslosigkeit).

Zudem gehen wir davon aus, dass die „unsichtbare Hand des Marktes“ nicht nur fiktional und als solche in der Tat unsichtbar, sondern, positiv ausgedrückt, wertneutral, negativ ausgedrückt, sozial und ökologisch blind ist.

Wir stellen daher die Frage: Wie soll unter den eben genannten Voraussetzungen die im AutorInnenpapier geforderte „Grüne Marktwirtschaft“ bzw. der von Ralf Fücks an anderer Stelle ins Gespräch gebrachte „Grüne Kapitalismus“ in der Realität eigentlich aussehen? Sollten die Grünen am Ende die „Ökonomie des unschuldigen Betrugs“ (J.-K. Galbraith) fortführen und den großen Marketingtrick des Kapitalismus, sich lediglich in „Marktwirtschaft“ umbenannt zu haben, aufgreifen, indem wir unsererseits die „Marktwirtschaft“ einfach nur in „Grüne Marktwirtschaft“ umbenennen? Die uns nahegelegte Strategie, als Grüne das (theoretische) Erbe der Ordoliberalen

anzutreten und einerseits den Markt auf wesentliche Teilbereiche weiter auszuweiten („Schiene“, „Post“, „Kultur“, „Gesundheit“ etc.), andererseits mit immer mehr staatlicher Macht die ohnehin nur fiktionalen Idealbedingungen wirklich funktionierender Märkte herzustellen, halten wir für zumindest verwegen. Der Staat, der die tatsächliche Machtfülle hätte, sich gegen berechnete gesellschaftliche Widerstände der Privatisierung und Vermarktung großer Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge durchzusetzen und der zugleich ideale Marktbedingungen, ökologische, soziale und gesellschaftliche Ziele über Ordnungspolitik herstellen müsste, hätte einen derart totalitären Charakter, der dem Charakter des Staates, in dem Ludwig Erhard und Walter Eucken ihre Vorstellungen erstmals entwickelten, sehr nahe käme.

Der „Grüne Kapitalismus“, wie immer dieser auch aussehen möge, würde sich hiermit kritiklos einem zunehmend festzustellenden Trend anschließen. Er würde in einer undemokratischen Vorfestlegung in nahezu allen politischen Bereichen wesentlich auf den Markt ausgerichtet sein und Grüne Politik würde schleichend zur nationalen wie internationalen Wettbewerbsdurchsetzung und Wettbewerbspflege mutieren.

3.3 „Wettbewerb“, „Mehr Wettbewerb“, „Wettbewerbsintensität“

Kein Begriff taucht im AutorInnenpapier derart inflationär auf wie der Begriff „Wettbewerb“. Abgesehen davon, dass ein politischer Heiratsantrag an die FDP mit Sicherheit das Wort „Wettbewerb“ enthalten müsste, stellen wir die ernsthafte Frage: Welchen „Wettbewerb“ meinen die AutorInnen eigentlich? Leistungswettbewerb, Effizienzwettbewerb, Rationalisierungswettbewerb, Ideenwettbewerb, Kostenwettbewerb, Dumpingwettbewerb oder den Wettbewerb um die höchste Eigenkapitalrendite im Kasino-Kapitalismus etc.?

Wir halten einen Wettbewerbsbegriff in dieser allgemeinen Form für ein reines machstrategisches Schlagwort und für die Grünen für politisch unbrauchbar. Auch an diesem zeigt sich der rein auf die Außenwahrnehmung der Partei ausgerichtete strategische Charakter des AutorInnenpapiers. Auch halten wir das mit diesem Begriff implizit nahegelegte Menschen- und Gesellschaftsbild, dass allein der

Wettbewerb, die Konkurrenz und das Übertrumpfen-Wollen des/der Anderen wirklichen wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen etc. Fortschritt hervorbringen würde, für falsch und konstruiert. Mindestens ebenso wenn nicht gar bedeutender für den Fortschritt sind für uns Solidarität, Rücksichtnahme, Neugier, Toleranz, Erkenntnis, Einsicht und nicht zuletzt die menschliche Arbeit in all ihren Formen, die als zielgerichtete geistige und körperliche Tätigkeit aus sich selbst heraus Sinn stiftet. Bezeichnend im AutorInnenpapier ist für uns, dass die AutorInnen den für sie im „Grünen Kapitalismus“ so zentralen Wettbewerbsbegriff im gesamten Papier nur mit einem einzigen erklärenden Satz wirklich unterfüttern: „Konkurrenz belebt das Geschäft“. Wir würden uns hierzu sicherlich eines Kommentars enthalten, wenn der Wettbewerbsbegriff nicht den zentralsten Stellenwert im AutorInnenpapier einnehmen würde.

Wir halten einen derart absolut und allgemein gesetzten Wettbewerbsbegriff für hochgefährlich. Für uns spiegelt er nur eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung wieder, die dazu tendiert, nahezu alle Bereiche des menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens einem allgemeinen Konkurrenzdruck auszusetzen – und dies unter der in den seltensten Fällen offen ausgesprochen Prämisse des „survival of the fittest“ in seiner schlimmsten, d.h. sozialdarwinistischen Variante. Die tatsächlich – und vielleicht auch nur – das Geschäft, bzw. die private Profitmaximierung belebende Konkurrenz soll heute überall vorherrschen: Zwischen der/dem Einzelnen in der Kita, in der Schule und im Arbeitsleben, zwischen Unternehmen, Schulen, Universitäten, Bundesländern, Kommunen, Staaten, Regionen und Kulturen, zwischen öffentlichen und privaten Anbietern, auf der Schiene, auf der Straße usw., usw. Bereits heute können wir in unseren Gesellschaften eine zunehmende Eindimensionalität des Menschen beobachten, ausgelöst durch einen alle Lebensbereiche und –abschnitte beherrschenden Wettbewerbsstress, der zum massiven Verfall kultureller, politischer und ökologischer Vielfalt beiträgt. Dabei weiß keiner besser als wir Grünen, dass die Natur eben nicht ein Raubtierkäfing ist, wo nur der/die Stärkere überlebt, sondern ein sensibles Gleichgewichtssystem des aufeinander Angewiesenseins. Und keiner sollte es besser als wir Grünen wissen, dass es sich in Wirtschaft und Gesellschaft ganz genauso verhält.

Wir sehen in der Durchsetzung von Markt und Wettbewerb durchaus mögliche Instrumente, die in klar definierten Einzelbereichen zur Erreichung unserer Grünen Ziele beitragen können (etwa im Aufbrechen ständischer Strukturen im Gesundheitssystem oder in der Zerschlagung des Oligopols, bzw. Preiskartells der Stromwirtschaft), jedoch keineswegs als unhinterfragt angenommenes Oberprinzip unseres wirtschaftspolitischen Handelns.

Sicher, auch im AutorInnenpapier wird klar gesehen, dass „ein Markt, der zu Lasten der Schwachen geht, die Umwelt unwiederbringlich zerstört, an den Bedürfnissen der VerbraucherInnen vorbei wirtschaftet oder demokratische Beteiligung unterbindet, kein funktionierender Markt im Sinne der Grünen Marktwirtschaft (ist)“, die Realitätsferne der von den AutorInnen bevorzugten ordoliberalen „Lösung“ dieser Problematik haben wir jedoch bereits angeführt.

3.4 Die „UnternehmerIn“ und die „Verantwortung“

Immer dann, wenn im AutorInnenpapier „mehr selbstbestimmtes, verantwortliches Unternehmertum“ gefordert wird, wird die „Verantwortung“ sehr groß geschrieben. Das „verantwortliche Unternehmertum“, von dem wir der Überzeugung der AutorInnen nach „mehr (...) brauchen“, wird mal als „selbstbestimmt“, mal als „dynamisch“ aber immer als „verantwortlich“ definiert. Solcherlei politisch relativ irrelevanten Nullaussagen überraschen in einem Grundsatzpapier über Grüne Wirtschaftspolitik doch sehr. Selbstverständlich ist das UnternehmerInnentum in unserem Wirtschaftssystem nahezu immer selbstbestimmt, dynamisch und natürlich auch verantwortlich, mit zunehmender Größe und Marktmarkt des Unternehmens im Übrigen immer selbstbestimmter, dynamischer und dem gemäß auch verantwortlicher.

Doch „selbstbestimmt“ gegenüber wem, „dynamisch“ in welcher Hinsicht und „verantwortlich“ für was? Selbstbestimmt etwa gegenüber dem Konkurrenten auf dem Markt oder gegenüber der demokratisch-rechtstaatlichen Einflussnahme (Siehe: Deutsche Energiewirtschaft)? Dynamisch in der wirklich nachhaltigen Innovation oder in der Ressourcenausbeutung und Naturzerstörung zur kurzfristigen Generierung von Marktmacht (Siehe: Rohstoffausbeutung in Zentralafrika, Regenwaldvernichtung und Agrarmonokulturwirtschaft in Brasilien)? Verantwortlich für den

gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang und den sozialen Ausgleich oder für den eigenen Aktienkurs und die Eigenkapitalrendite (so verlangt beispielsweise die Deutsche Bank eine Plan-Kapitalrendite von 25%. Die Löhne und der Beschäftigungsstand werden dabei zu Anpassungsvariablen mit Erpressungscharakter)? In ihrer offenen Liebeserklärung an die angeblich so human-ökologischen Potentiale des nun ergrünten Kapitalismus schießen die AutorInnen in ihrer Undifferenziertheit unseres Erachtens weit über das Ziel hinaus. Den Ausschließlichkeitsanspruch, den die AutorInnen dann auch noch behaupten, dass „*nur* durch die Kreativität eines dynamischen verantwortlichen Unternehmertums“ der „Weg zur Bewahrung der Schöpfung“ geebnet werden könnte, halten wir für grundfalsch – abgesehen davon, dass sich die Grünen nach wie vor nicht als christliche Partei („Schöpfung“) definieren und auch nicht definieren sollten.

Wirkliche Verantwortung in der letzten Konsequenz tragen in einer Demokratie allein die Bürgerinnen und Bürger und durch diese die entsprechende politische und zivilgesellschaftliche Repräsentation. Das „Flankieren“ und „Leitplanken bilden“, das Staat und Zivilgesellschaft von den AutorInnen hingegen noch zugestanden wird, stülpt das Grüne Gesellschafts- und Menschenbild geradezu auf rechts: Die Politik läuft – mit den BürgerInnen an der Hand – an den Leitplanken flankierend nebenher, während das Unternehmertum im „Grünen Kapitalismus“ auf den Marktstraßen der Welt die Verantwortung für die Umwelt und das Soziale übernimmt.

Andererseits stimmen wir mit den AutorInnen ausdrücklich darin überein, dass es in den zivilgesellschaftlichen Kämpfen gegen den globalisierten Raubtierkapitalismus vereinzelt wichtige Durchbrüche in Bezug auf die „Corporate Governance“ (gute Unternehmensführung) und die „Corporate Social Responsibility“ (soziale Verantwortung der Unternehmen) gegeben hat. Der Widerstand globaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke wie attac, bis zum Widerstand einzelner, unermüdlicher KämpferInnen wie Naomi Klein hat in der Tat dazu geführt, dass das Bewusstsein für eine andere, solidarischere Globalisierung – selbst in einzelnen Unternehmen – gewachsen ist. Gleichwohl ist es ein Widerstand, der naturgemäß langsam voranschreitet und dessen Erfolge (etwa die Aufdeckung der inhumanen und ausbeuterischen Produktionsmethoden von Nike) sich schnell verflüchtigen können, sobald die öffentliche Aufmerksamkeit und der Druck nachlässt. Ob am Ende

von der „Corporate Social Responsibility“ tatsächlich nicht viel mehr bleibt, als ein paar neue Marketingstrategien zur Profitmaximierung, ist noch nicht ausgemacht. Wie groß die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Wahrnehmung und der Realität sein kann, zeigt z.B. der von vielen aufgrund seiner angeblichen Andersartigkeit hochgeschätzte Computerhersteller Apple, der seinen iPod in China unter fragwürdigen Bedingungen herstellen lässt.

Im Gegensatz zu den AutorInnen des AutorInnenpapiers sehen wir eher im Flankieren der neu entstehenden globalen Zivilgesellschaft einen Hauptansatz der Grünen Wirtschaftsdemokratie und weniger im Flankieren der transnationalen Konzerne selbst. Dort, wo sich im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung zunehmend eine postnationale Konstellation abzeichnet, muss die Demokratie von den DemokratInnen neu erkämpft und in Teilen auch neu erfunden werden.

Dennoch reicht unseres Erachtens die notwendige breitere Öffnung der Grünen für neue zivilgesellschaftliche Bewegungen nicht aus, wenn wir unsere – und hier tatsächlich bestehende – Verantwortung für die Demokratie als Partei auch wirklich annehmen wollen, denn, wer als Grüne PolitikerIn den Fehlentwicklungen des Shareholder- und Konzernkapitalismus (Siehe: Siemens/Vodafone, BenQ) allein mit „Moral“ beikommen will, der/die führt ein Scheingefecht, das er/sie in Wirklichkeit von vorne herein als verloren ansieht. Bestenfalls wird es der Grünen PolitikerIn hiermit gelingen, Moral und Verantwortung für die Umwelt und das Soziale als zusätzliche Markt- und Marketingstrategie in den Führungsetagen der Unternehmen zu verankern, schlimmstenfalls wird er/sie dort zur machtlosen, nur noch den Zeigefinger erhebenden Lachnummer – oder zum willkommenen Personalreservoir für die ökologische Imageaufbesserung der Unternehmen (Siehe: EnBW, Mars [macht jetzt auch den Grünen Politiker mobil]).

Der jüngst im Wirtschaftsleben zu beobachtende Trend des „moralischen Appells“ und „erhobenen Zeigefingers“ auf der einen und der „Selbstverpflichtung“ auf der anderen Seite, ist verständlich und auch nicht grundsätzlich abzulehnen, als Ersatz für wirksame Verbindlichkeiten ist er aber untauglich (Siehe: Ausbildungsplatzmisere trotz Selbstverpflichtung der Arbeitgeber, nicht eingehaltene Selbstverpflichtung der deutschen Automobilindustrie zur Reduktion des CO₂-Ausstosses etc.). In Politik,

Wirtschaft und Gesellschaft geht es auch immer um das vorgelagerte Arrangement der Macht und eben nicht nur um das nachgelagerte Arrangement vor Gerichten bei Verfehlungen (Siehe: Ackermann, Hartz).

Der demokratische Rechtsstaat ist keine Leitplanke im Wirtschaftsverkehr, er ist derjenige, der die Verkehrsregeln setzt und durchsetzt, der alle Verkehrsteilnehmer gleich zu behandeln hat, der Verstöße verfolgt, einem ordentlichen und öffentlichen Verfahren zuführt und bei Verurteilung bestraft. Ohne das Vertrauen in die Gerechtigkeit, Verbindlichkeit und Wirksamkeit der demokratisch selbst gegebenen Regeln funktioniert darum keine Verantwortung, weder unternehmerische noch demokratische.

4. Falsche Ausrichtungen

Die Auswirkungen der oben beschriebenen Fetischisierung von Markt und Wettbewerb im AutorInnenpapier zeigen sich in einer ganzen Reihe falscher politischer Ausrichtungen, die im Wesentlichen einem falschen Verständnis von Politik als Wettbewerbsdurchsetzung und –pflege geschuldet sind. Dabei genügt es nur einen Teil der für uns kritikwürdigen Punkte anzusprechen, um die grundlegende Problematik aufzuzeigen.

4.1 *In die Luft geblasen* oder „der Erfolg der europäischen Industriepolitik mit (dem) Airbus“

Der Airbus wird vom Europäischen Konzern EADS gebaut. Dessen Bekanntheit beruht größtenteils auf dem Eurofighter und anderen Rüstungsprodukten und wird meist als Versuch angesehen, mit erheblichem Einsatz öffentlicher Mittel einen europäischen industriell-militärischen Komplex aufzubauen. Der Anteil von Rüstungsgütern an der Produktion soll daher auch beständig steigen. Wenn nun darauf hingewiesen wird, dass „viele in der Vergangenheit geflossene Subventionen“ „zurück in die öffentlichen Haushalte“ gelangen, so handelt es sich zu großen Teilen um Einnahmen aus Rüstungsproduktion. Hierzu gehört u.a. auch Technik, die zum Bau der französischen Ariane-5-Atomraketen verwendet wird. Eine für Grüne sicherlich gewöhnungsbedürftige Industriepolitik.

Auch das Beispiel des A 380 ist kennzeichnend, handelt es sich doch um ein

Prestigeobjekt, welches u.a. auf einem 650 Mio. Euro Geschenk der Stadt Hamburg und damit der Zuschüttung eines Naturschutzgebietes beruht. Dafür eröffnet der A 380 nun die Debatte über den Ausbau der Flughäfen.

Mittlerweile würden sich die AutorInnen des Papiers aber auch kaum noch auf dieses Projekt beziehen, ist doch das ganz Airbus-Projekt über Verzögerungen beim A 380 in die Krise geraten. Nun sind unter anderem auch die Arbeitsplätze in Hamburg gefährdet.

Die geringe Halbwertszeit seiner Aussagen musste sogar Matthias Berninger im September 2006 zugeben: "Das Unternehmen sollte bei fairer Arbeitsteilung bleiben, statt Probleme durch Missmanagement beim A 380 auf Hamburg abzuwälzen."

Ganz abgesehen davon, dass die AutorInnen diese und auch weit schwerer wiegende ökologischen Aspekte der Massenbeförderung durch große Verkehrsflugzeuge in ihrem Papier selbst völlig ausblenden, wird mit derlei strategisch gesetzten Globalbekenntnissen völlig unnötig die Grüne Differenzierungs- und damit Kritikfähigkeit entkernt.

4.2 Ausverkauf durch die Hintertür oder die öffentlich-private Konkurrenz

Nach Meinung der AutorInnen soll nun „bei jeder öffentlichen Beschaffung und jedem öffentlichen Investitionsvorhaben (...) geprüft werden, ob es nicht durch die Ausschreibungen und die Einbeziehungen von Privaten günstiger abgewickelt werden kann.“ Damit wird das Kostenargument bedingungslos an die erste Stelle des öffentlichen Sektors gestellt und Politik somit radikal verbetriebswirtschaftlicht. Wir schließen uns in unserer Kritik hierzu ausdrücklich der LAG Wirtschaft und Finanzen der NRW-Grünen an, die in ihrem eigenen Kritikpapier zum AutorInnenpapier darauf hingewiesen hat, dass „beispielsweise im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge weitere Kriterien wie Zugänglichkeit, Gemeinnützigkeit, flächendeckende Versorgungssicherheit, Transparenz, politische Mitwirkungsmöglichkeiten und Erschwinglichkeit eine herausragende Rolle“ spielen. Vollkommen unverständlich für uns Grüne ist, dass die AutorInnen nach einer durchaus berechtigten Kritik („Langwierige Rechtsauseinandersetzungen und Mehrkosten für die öffentliche Hand,“) an bisherigen Public-Privat-Partnership-Projekten (PPP) eine derart globale

Forderung stellen. Hier allein, wie im AutorInnenpapier gefordert, die Managementkompetenz von Politik und Verwaltung zu erhöhen, löst die eigentlichen Probleme von PPP-Modellen nicht. Allein die für uns herausragenden Kriterien der Transparenz und der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor bilden hier eine grundsätzliche Sperre. So müssen z.B. nach der Gemeindeordnung NRW Ratssitzungen, in denen es um die Entscheidungsfindung über solche Verträge zwischen Privaten und den Kommunen geht, prinzipiell nicht-öffentlich geführt werden, da es mit diesen Verträgen etwa auch um „vermögensrechtliche und steuerrechtliche Angelegenheiten einer natürlichen oder juristischen Person“ geht. KommunalpolitikerInnen unterliegen so plötzlich der Geheimhaltungspflicht nach dem GmbH-Gesetz. Damit ist der Mauschelei Tür und Tor geöffnet und die wichtige Kontrollfunktion der Öffentlichkeit strukturell ausgeschaltet.

Wir glauben auch, dass die Tendenz im AutorInnenpapier, den öffentlichen Sektor von vorneherein über das Kostenargument in eine Konkurrenz zu privaten Anbietern zu setzen, eine bereits festzustellende Entwicklung begünstigt, die zu einem schleichenden Ausverkauf der gemeinwohlorientierten öffentlichen Hand führt. Dabei haben Bündnis 90/Die Grünen in der Vergangenheit zurecht scharfe Kritik an den Vertragsinhalten des in der WTO verhandelten GATS-Abkommens geübt. Gleiches gilt in etwa für die Bolkestein-Richtlinie auf der Ebene der EU-Kommission oder für die geplante Änderung der Gemeindeordnung NRW durch die CDU/FDP-Landesregierung. Ob es sich nun um die drastische Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen (CDU/FDP-Landesregierung), um die weitest gehende Deregulierung des europäischen Dienstleistungssektors (Bolkestein) oder um die Umdeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu Dienstleistungen und die Unterwerfung dieser unter das Prinzip des Marktzugangs handelt (GATS), immer steht die gleiche „Philosophie“ im Hintergrund: Alles, was von den BürgerInnen über Bezahlung in Anspruch genommen wird (etwa über Gebühren) ist grundsätzlich marktfähig und dem gemäß unter möglichst liberale Wettbewerbsregeln zu stellen (Marktzugangsprinzip, Prinzip der Gleichbehandlung in- und ausländischer, öffentlicher und privater Anbieter, Herkunftslandsprinzip etc.). Die AutorInnen beweisen in ihrem Papier des öfteren („Gesundheitsmarkt“, „Vollständige Liberalisierung auf dem Postmarkt“), dass sie dieser „Philosophie“ nicht abgeneigt und als die Architekten ihres „Grünen Kapitalismus“ durchaus dazu bereit

sind, etwa die von der LAG Wirtschaft und Finanzen NRW zurecht angemahnten anderen Kriterien oder auch ökologische Fragestellungen hinten an zu stellen. Alternativen zum marktradikalen Angriff auf den öffentlichen Sektor fehlen im AutorInnenpapier völlig. So wird die Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung an der öffentlichen Hand etwa über genossenschaftliche Betriebsformen (z.B. bei kommunalen Entsorgungseinrichtungen) nicht einmal mehr erwähnt.

4.3 Hartz II..., IV, V usw. oder von der Ich-AG zur „PmbH“

"Höhere Löhne und mehr soziale Sicherheit kann aber nachhaltig nur durch höhere Produktivität und mehr Innovation finanziert werden", so das AutorInnenpapier. Eine innergesellschaftliche Umverteilung wird erst gar nicht mehr angedacht (Siehe: 5.1 Der „Umverteilungsstaat“ und die „Rundumversorgung“ vs. reale Verhältnisse). Da, wo unsere Ansicht nach aber analyse- und kritikbedürftiges Systemversagen vorliegt, bevorzugen die AutorInnen eine platte Legitimation des Systems ohne dessen Versagen auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Einkommens- und Vermögensverteilung klaffen immer weiter auseinander, gleichzeitig bildet sich eine immer größere prekäre Bevölkerungsgruppe, die aus der Gesellschaft herauszufallen droht. Unter Verwendung einer Strategie der „Verwandlung der Außenursachen in Eigenschuld“ (Ulrich Beck), behaupten die AutorInnen einfach nur die mangelnde Flexibilität der Menschen. Diese soll erhöht werden, dann wird sich die höhere Produktions- und Innovationsrate - klassisch angebotsorientiert - schon einstellen. Ist diese Schuld einmal aus dem System genommen und auf das Individuum abgeladen (Parole: Selber schuld!), so ist klar, wer die Kosten des Anpassungsprozesses zu tragen hat.

Um ein allzu drastisches Auseinanderklaffen zu verhindern, wird das „Progressivmodell“ bemüht, eine eingeschränkte Form des Kombilohnes à la CDU, bei dem der Lohnnebenkostenanteil in niedrigen Lohngruppen subventioniert wird. Hierbei tritt allerdings dasselbe Problem auf, wie beim Kombilohn selber, denn letztlich wird diese Lohnsubstitution - Lohnnebenkosten sind letztlich auch Lohnkosten – in unserem Steuersystem zu großen Teilen über Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert, was im Gesamtzusammenhang nur Reallohnsenkungen (Sinken der Nominallohne, Verteuerung der Lohngüter) zur

Folge haben wird. Wesentlich ist aber, dass der oder die Einzelne sich diesem System nicht entziehen soll und darf, daher muss nach Meinung des AutorInnenpapiers ein Lohnabstand bestehen, eine hohe Grundsicherung würde daher, „die Gefahr mangelnder finanzieller Arbeitsanreize in sich bergen“. Merke: Die merkantilistische Praxis der liberalen Theorie schlägt hier voll zu Buche, denn erstere waren es, die die Idee entwickelten, den Menschen durch schiere Not zur Aufnahme jedweder Lohnarbeit zu zwingen.

Am Ende soll der oder die Einzelne zum Markt-Individuum werden, sich selbst als UnternehmerIn fühlen - ungeachtet des Fehlens jeglichen eigenen Kapitals - und bloß nicht versuchen, sich solidarisch mit anderen zusammenzuschließen. Dafür bietet sich ihm nach der mit Hartz II eingeführten Ich-AG (handelbares Humankapital) jetzt auch die Möglichkeit, für Drei-Euro-Fuffzig eine individualdeutsche Limited, eine „Personengesellschaft mit beschränkter Haftung“ („PmbH“) zu gründen. Die Folgen dieses imaginären Hartz V wären dieselben wie bei Hartz II (Ich-AG, Mini-Jobs, Midi-Jobs etc.): Eine Entwertung und Umwandlung geringfügiger Beschäftigung und damit massive Ausweitung prekärer Selbstständigkeit.

Insgesamt handelt es sich bei dem beschriebenen Modell durchaus um eine Alternative zum autoritären Sozialstaat konservativer Prägung, dem auch faktisch nur noch die eindeutige Senkung der Leistungen unter die Armutsgrenze oder die Einführung eines Arbeitszwanges als Option offen steht (z.B. H.-W. Sinn oder O. Lafontaine). Das hiergegen von den AutorInnen gesetzte (neo)liberale Modell bleibt im Grunde jedoch ebenso autoritär, schafft sich aber immerhin seine eigene Legitimation durch Verfahren und vermeidet es tunlichst, sich irgendwann einmal mit den verfassungsrechtlich garantierten Streik- und Koalitionsrechten beschäftigen zu müssen. Im Ganzen also viel Rauch um nichts Neues und ein geradezu verzweifelt fest Halten an den falschen Problemanalysen der Hartz-Gesetzgebungen.

Statt Hartz, der Ausschnüffelei und der Ausübung von Zwang auf die Erwerbsarbeitslosen und von Erwerbsarbeitslosigkeit Bedrohten wollen wir die Einführung einer armutsfesten soziokulturellen Existenzsicherung, die ein sozialadäquates Leben tatsächlich ermöglicht und mindestens 950 Euro monatlich beträgt. Hier ist eine staatlich vermittelte Umverteilung zu Lasten der hohen Einkommen und Vermögen

gefordert. Parallel dazu setzen wir uns zur Bekämpfung des Lohndumpings für die Einführung eines auskömmlichen Mindestlohnes ein. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit einer umverteilenden Tarifpolitik zugunsten höherer Löhne aktueller denn je. Die Lohnentwicklung hinkt schon seit Jahren der immens gestiegenen Arbeitsproduktivität hinterher und der Binnennachfrage wird immer stärker die Grundlage entzogen.

Im Zentrum einer solidarischen emanzipatorischen Politik steht die wirksame Begegnung der Massenerwerbs- und Einkommenslosigkeit. Dabei setzen wir auf sozialversicherungspflichtige auskömmliche Arbeitsplätze jenseits hochgradig prekärer Beschäftigungsverhältnisse, auf solidarische Umverteilung von Arbeit mittels Modellen der Verkürzung der (Lebens-) Arbeitszeit, auf den freien Zugang zu Bildung und auf einen gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor. Wir erleben gegenwärtig einen Niedergang und Strukturwandel der Lohnerwerbsgesellschaft, die durch den Produktivitätsfortschritt, die Automatisierung und Informatisierung der Arbeit als auch durch die Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung aller Bereiche bedingt sind. Das schafft neue Dimensionen von Arbeit und stellt gewandelte Ansprüche an eine aktive gesellschaftliche Teilhabe. Die Anforderung an eine emanzipatorische Politik besteht darin, diese Potentiale freizusetzen und eine offensive Strategie bezüglich der Reduktion der normierten Erwerbsarbeit zugunsten eines vielseitig tätigen Lebens zu entwickeln.

Nach dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur durch die neoliberale Privatisierungsoffensive gibt es eine ganze Reihe von Feldern gesellschaftlicher Arbeit, in denen sozialer, kultureller und ökologischer Bedarf besteht. Dazu brauchen wir u.a. auch den Ausbau von öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen bis hin zur Vergesellschaftung, d. h. die Nutzung von Produktionsmitteln für gesellschaftliche und ökologische Ziele und Zwecke, die dem Gemeinwohl dienen.

4.4 Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen oder die „gezielte Einwanderungssteuerung für... höher Qualifizierte“

Es gehört zu unseren festen Grundüberzeugungen, einen Menschen nie als Zweck zu betrachten, und dazu gehört auch, seinen „Wert“ nicht an seiner ökonomischen Brauchbarkeit als „Humankapital“ im allgemeinen „Wettbewerb“ festzumachen. Gerade dieses verheerende und die Wertebasis der Grünen im Kern aushöhlende

Denken befördern die AutorInnen unserer Ansicht nach aber, wenn sie als eine ihrer zentralsten Forderungen „ausländisches Kapital“ „nach Deutschland holen“ wollen, indem eine „gezielte Einwanderung gerade der Hochqualifizierten“ gefordert wird. Wir stellen fest: Das „ausländische Kapital“ fließt längst auch nach Deutschland, in Form eines Nettokapitaltransfers von den 122 Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ in die reichen Länder der Nordhalbkugel. So betrug im Jahr 2003 der Schuldendienst dieser armen Länder an den reichen Norden 436 Milliarden Dollar, als „Entwicklungshilfe“ flossen im gleichen Jahr 54 Milliarden Dollar „zurück“.

Zugleich findet im Rahmen der neoliberalen Globalisierung durch transnationale Konzerne eine Vernichtung der ökonomischen Kleinstrukturen in den armen Ländern und ein „Brain Drain“ der wenigen gut ausgebildeten Menschen dort statt, die globale ausplündernde Markthierarchien und totale Abhängigkeiten verfestigen und mittlerweile unerträglich verschärfen. Zur Zeit sterben in den so globalisierten Märkten jeden Tag 100.000 Menschen am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen, 842 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt und zwischen 1970 und 2004 sank der Anteil der 42 ärmsten Länder der Welt am Welthandel von 1,7 auf 0,6%. Auch ein ergrünter Kapitalismus wird seinen Charakter als organisierte Gewalt eines allgemeinen Gegeneinander und Für-sich-selbst nicht verlieren und ein anzustrebendes Mit- und Füreinander verhindern. Darum lehnen wir auf das aller Schärfste das wirtschaftsliberal-nationale Zweckdenken einer globalen Konkurrenz um die am besten verwertbaren Köpfe und auch eine sich abzeichnende „Festung Europa“, in die nur die „ökonomisch Verwertbaren“ hineingelangen dürfen, ab.

Auch allgemeine Klagen über die Abwanderung hochqualifizierter aus Deutschland, rechtfertigen es unserer Überzeugung nach noch lange nicht, jetzt als Grüne in den Chor eines globalen Konkurrenzkampfes um „Eliten“ im Namen der internationalen „Wettbewerbsfähigkeit“ einzustimmen und damit implizit eine Richtung zu verfolgen, die unsere Grenzen gegen die Ströme der dann erzeugten ökonomischen Verlierer und politisch Verfolgten abzudichten bereit ist. So stellen wir an die AutorInnen die Frage, für wen denn die „weltoffene“ Ökonomie Deutschlands, die sie mit jener „gezielten Einwanderungssteuerung“ „auf Dauer (...) halten“ wollen, eigentlich anders gedacht ist als nur für Geld- und Leistungseliten?

Daher sehen wir es auch als eine zentrale Herausforderung der Grünen an, gegen das konservativ-wirtschaftsliberale Zweckdenken und für die Hegemonie unseres Menschenbildes weiter zu kämpfen, das darauf besteht, dass die Würde, die Freiheit und der Wert jedes Menschen nicht nur nicht von seiner ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion usw. sondern eben auch nicht von seiner „ökonomischen Verwertbarkeit“ abhängen darf. Ein solidarisches Wirtschaften ist darum gerade im globalen Rahmen notwendiger denn je, ebenso wie der Widerstand gegen Selbstrechtfertigungsideologien von angeblich „unsichtbaren Händen des Marktes“, die nur das oben skizzierte gegenwärtige „Imperium der Schande“ (Jean Ziegler) legitimieren.

Insgesamt beschränkt sich die Sorge der Autoren hinsichtlich der Bildung in erster Linie darauf, diese als ein Problem der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu sehen. Die von ihnen geforderte Schaffung staatlicher Rahmenbedingungen für ein lebenslanges Lernen ist zwar auch in unseren Augen notwendig, wird aber von den AutorInnen wiederum nur an den selektiven Interessen des Marktes ausgerichtet. Wir dagegen erachten die Aufgabe von Bildung als wesentlich weitergehend: Ziel muss die möglichst gute Bildung aller sein, diese ist dabei vor allem als eine wichtige Bedingung einer nicht nur formellen sondern lebendigen Demokratie zu begreifen. Bildung ist darum immer auch als Ausbildung und Übung von Handlungs- und Reflexionsfähigkeit zur aktiven und integrativen Teilnahme an der Gesellschaft und am politischen Gemeinwesen zu sehen.

Kein Wort der Kritik verlieren die Autoren über die derzeit stattfindenden neoliberalen Umbauten unseres gesamten Bildungssystems. Dabei gilt es doch gerade hier, die immer weiter ausufernde Ökonomisierung von Bildung und ihre Folgen für die Gesellschaft zu benennen und kritisch zu hinterfragen. Angefangen bei den Hochschulen mit ihren unsozialen Studiengebühren (gleichbedeutend mit der immer stärkeren Belastung Einzelner, wo Bildung eigentlich eine gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sein sollte), über das Streben nach dem Kürren von „Elite“-Universitäten, bis hinunter auf die Ebene der Grundschulen (Grundschulkonkurrenz durch die Aufhebung der Grundschulbezirke), sehen wir den Gedanken des Wettbewerbs mittlerweile um sich greifen. Hierbei wird nach und nach das gesamte Bildungssystem dem Markt ausgeliefert: zum einen durch die zunehmende Privatisierung der Bildungseinrichtungen selbst (privat betriebene Universitäten mit

von Unternehmen bezahlter Forschung und Lehre dienen dabei nicht automatisch dem Gemeinwohl, denn auch hier gibt es natürlich keine „unsichtbare Hand des Marktes“), zum anderen aber auch durch den immer stärkeren privatwirtschaftlichen Einfluss auf die Bildungspolitik selbst, aus dem die entsprechenden Akteure selbst Profit schlagen (das von Bertelsmann der Politik anempfohlene und anschließend von ihnen erarbeitete sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz etwa, wird von Bertelsmann selbst nun sogar auch noch kostenpflichtig evaluiert).

Bei fortschreitender Marktradikalisierung der Bildung bleiben die Gedanken der Solidarität, des Ausgleichs mangelnder Startchancen und des Zieles von möglichst guten Bildungsergebnissen für alle zwangsläufig auf der Strecke. Als Lösung hierfür taugt im Übrigen das vom Grünkapitalisten Ralf Fücks ins Spiel gebrachte Ackermann-Modell eines „Grundkapitals“ von 60.000€ für jeden Bürger als Starthilfe herzlich wenig. Der Gedanke, dass jedeR mit einem angeblich gleichen Startkapital seines/ihrer Glückes Schmied sein kann, sollte zumindest auch die Möglichkeit des Scheiterns eines ungeschickten Schmieds und grundsätzliche Machtasymmetrien in Marktverhältnissen bedenken. Tatsächlich reduziert dieser Ansatz das Menschenleben wiederum auf die eingangs beschriebene Selbstverwertung als „Humankapital“, das jedoch gegenüber den Eigentümern tatsächlichen Kapitals immer im Nachteil sein wird. Ein derart beschränkendes und auf die ökonomische Verwertbarkeit beschränktes Menschenbild ist darum nicht im Sinne unserer Grünen Partei.

4.5 Jahrhundertsteuerreform II, III, IV usw. oder die „Senkung der Unternehmenssteuersätze“

Die BefürworterInnen des Grünen Kapitalismus verzichten in ihrem Papier auf ein systematisches Kapitel zur Steuer- und Finanzpolitik. In dem Papier findet sich kein Wort über eine sozial gerechte Steuerpolitik, durch die Vermögende und Unternehmen wieder einen erheblich höheren Anteil zum Steueraufkommen beitragen. Außerdem bleibt unbeantwortet, wie angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte eine Stabilisierung der Steuereinnahmen auf einem Niveau erreicht werden kann, welches der öffentlichen Hand wieder genügend Handlungsspielräume für notwendige Ausgaben, besonders in den Bereichen öffentliche Infrastruktur, Bildung, Forschung und soziale Grundsicherung zurückgibt.

Statt dessen begnügen die AutorInnen sich mit einigen Hinweisen auf die von der großen Koalition geplante Unternehmenssteuerreform. Aber auch hier ist die Kritik nicht grundsätzlich, z.B. an den von CDU und SPD geplanten weiteren Steuerentlastungen für Unternehmen, die weitere Steuerausfälle nach sich ziehen werden. Vielmehr kritisieren die AutorInnen die Steuerpläne vor allem eine Begünstigung der Körperschaften und machen jetzt für die kleinen und mittleren Unternehmen die gleichen Steuerentlastungen geltend.

In unseren Augen ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Steuer- und Finanzpolitik so stiefmütterlich behandelt wird. Denn ansonsten hätten sich die FürsprecherInnen eines Grünen Kapitalismus auch ausführlich mit den rot-grünen Regierungsjahren auseinandersetzen müssen. Und da bleibt festzuhalten: Rot-Grün hat die angebotsorientierte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Kohl-Regierung, deren Prämisse die Entlastung der Unternehmen ist, im Großen und Ganzen fortgesetzt.

Mit der Reform der Unternehmenssteuern wurden Unternehmen in bisher nicht gekanntem Ausmaß entlastet und zeitweise Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht. Bei den Kapitalgesellschaften wurde durch die Unternehmenssteuerreform von 2000 der Körperschaftsteuersatz auf 25 Prozent reduziert. Die Unternehmen, die der Einkommensteuer unterliegen, haben durch die Senkung des Spitzensteuersatzes (von 53 bzw. 47 Prozent auf 42 Prozent ab 2005) und prinzipieller Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer stark profitiert.

Gleichzeitig hat es eine wachsende Umverteilung im Vermögensbereich gegeben. Nach dem "2. Reichtums- und Armutsbericht" verfügte 2003 das obere Zehntel der Vermögenden über 46,8 Prozent des Gesamtvermögens, 1998 waren es noch 44,4 Prozent. Die unteren 50 Prozent der "Vermögenden" mussten sich 2003 dagegen mit 3,8 Prozent begnügen. All dies hat zu einer massiven Schwächung der Binnennachfrage und seit dem Konjunkturunbruch 2001 zu massiven Einbrüchen bei den Steuereinnahmen geführt.

In den letzten Jahren sind die öffentlichen Finanzen aufgrund politisch verursachter Steuerausfälle und konjunktureller Effekte immer tiefer in die Krise geraten. Die

Steuerquote – der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt – fiel von 1980 bis 2000 von 24 % auf 23 %, bis 2002 auf 21 %. Läge die Steuerquote noch auf dem Stand des Jahres 2000, hätte der Staat jährlich etwa 50 Milliarden Euro höhere Einnahmen.

Trotz der wachsenden Massenerwerbslosigkeit hat sich seit den neunziger Jahren die Steuerbelastung in Deutschland deutlich zu Lasten der Lohnsteuer- und MehrwertsteuerzahlerInnen verschoben. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern hat sich in den Jahren 1977 bis 2002 von 29 auf 14 Prozent halbiert. Demgegenüber ist Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen von 30 auf 35 Prozent gestiegen. Der Anteil der Mehrwert- und Verbrauchsteuern stieg von 33 auf 44 Prozent

Parallel dazu ist die Quote der Staatsausgaben (aller Gebietskörperschaften, ohne gesetzliche Sozialversicherung) am Bruttoinlandsprodukt von 28,2 Prozent im Jahr 1991 auf 25,9 Prozent im Jahr 2005 zurückgegangen

Die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte wurden verschärft, ohne dass die eingetretenen Entlastungen zu einer spürbaren Verbesserung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen geführt haben. Folge der öffentlichen Finanznot sind immer schwächere Zukunftsinvestitionen von Gemeinden, Ländern und Bund für Bildung und Erziehung, Forschung, Lehre und Weiterbildung, in die Ökologie und öffentliche Infrastruktur.

An dieser Entwicklung haben etliche ProtagonistInnen des grünen Kapitalismus um Chrisine Scheel insbesondere in den grünen Regierungsjahren an maßgeblicher Stelle mitgewirkt. Kein Wunder, dass sie daran inzwischen nicht mehr gerne erinnert werden. Immerhin aber sind die Grünen Enkel Erhards traditionsbewußt: Schon die ordoliberalen Gründungsväter um Walter Eucken hatten sich für eine umfassende Steuerentlastung der Unternehmen, für die Abwälzung der Lasten auf die abhängig Beschäftigten und für eine stringente Ausgabenreduzierung des Staates eingesetzt und sich entschieden gegen eine "großzügige" Sozialpolitik und eine nach dem Zweiten Weltkrieg breit diskutierte einmalige Vermögensabgabe ausgesprochen.

4.6 Nur der Tod ist umsonst oder „das Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt umbauen“

Die AutorInnen behaupten: „Je besser es gelingt, den Ausgabenanstieg im Krankenversicherungssystem zu begrenzen, umso mehr private Kaufkraft kann in andere Bereiche der Gesundheitswirtschaft fließen.“ Abgesehen davon, dass die Ausgaben im Gesundheitswesen (gemessen am BIP) in den vergangenen Jahrzehnten bei genauer Betrachtung keineswegs einen beachtenswerten Anstieg aufweisen, scheinen die AutorInnen ausgerechnet den Bereich der Dienstleistungen im Pflegebereich verstärkt dem Markt überlassen zu wollen. Völlig außer acht gelassen wird hierbei der offensichtliche Widerspruch: Die Grenzen der möglichen Produktivitätssteigerung von nicht automatisierbaren Tätigkeiten gerade im Pflegebereich stellt uns vor die Frage, ob sich unsere Gesellschaft qualitativ hochwertige Dienstleistung für alle überhaupt leisten möchte. Die Spirale nach unten durch immer stärkeren Druck auf die Anbieter und Dumpinglöhne in diesem Bereich ergeben schon im derzeitigen System teilweise inhumane Zustände, z.B. in der Altenpflege. Fromme Marktgläubigkeit allein wird in diesem Bereich nicht zwangsläufig zu höherer Qualität führen – im Gegenteil. Hier darf keinesfalls der Preis die Quantität und Qualität der Leistungen bestimmen. Maß der Dinge müssen die Bedürfnisse der Menschen und damit auch die politische Steuerbarkeit des Systems sein.

Der wesentliche Reformbedarf auf der Ausgabenseite des Gesundheitssystems besteht für uns hingegen im Aufbrechen der vermachteten Strukturen auf Seiten der Pharmaindustrie, die sich seit Jahren (durch ihre Lobbyisten leider erfolgreich) gegen Positivlisten von wirksamen Medikamenten, unabhängige Überprüfungen von Scheininnovationen und Preiskontrollen zur Wehr setzt. Gerade hier zeigen sich besonders deutlich die Folgen zunehmender Marktmacht der Konzerne. Die Preise bilden sich keineswegs durch „die unsichtbare Hand des Marktes“ heraus, sondern sind Ergebnis der rücksichtslosen Generierung von Marktmacht-, d.h. Monopol- und Oligopolgewinnen. Die Preisbildung selbst wird in kartellartigen Strukturen informationell abgeschottet. Wir fordern daher die Verpflichtung zur konsequenten Offenlegung der Kosten- und Gewinnstrukturen im gesamten Gesundheitssystem (vom Arzt bis zu den Medikamentenherstellern). Da, wo ein gemeinwohlorientiertes System vorliegt, das alle BürgerInnen in Anspruch nehmen *müssen*, ist die

vollständige Transparenz des Systems die Grundvoraussetzung seiner Akzeptanz und damit auch demokratisch legitimierten Reformierbarkeit.

Auf der Einnahmenseite muss das Gesundheitswesen endlich durch eine von uns Grünen schon lange geforderte solidarische Bürgerversicherung gestärkt werden, in die alle einzahlen. Zwei Säulen, die nicht miteinander verrechnet werden dürfen, sollen diese finanzieren: zum einen der paritätisch zwischen ArbeitgeberInnen und –nehmerInnen geteilten Beiträge aus Arbeitseinkommen, zum anderen die Einkünfte aus allen übrigen Einkommensarten (Kapital-, Zins-, Pacht- und Mieteinkünfte). Unsere Strategie beinhaltet die Einführung der Bürgerversicherung als Pflichtversicherung bei schrittweiser Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Als ersten Schritt schlagen wir eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze (zumindest auf das heutige für die Rentenversicherung geltende Niveau) sowie sozialverträgliche Grundfreibeträge vor.

Für das Gesundheitswesen muss generell gelten: jegliche Mechanismen der Entsolidarisierung z.B. durch „Selbstbehalttarife“ für risikoarme Versicherte oder das Freikaufen aus der solidarischen Gemeinschaft seitens junger und finanziell gut gestellter Bevölkerungsgruppen durch die Flucht in private Krankenversicherungen sind inakzeptabel. Trotz erheblichem Reformbedarf, der zum großen Teil überkommenen Strukturen geschuldet ist (Zwei-Klassen-Medizin, alleinige Finanzierung über den Faktor Lohnarbeit, Verbandsstrukturen, Intransparenz, Monopol- und Kartellbildung etc.), steht unser solidarisches Gesundheitssystem nicht vor dem Zusammenbruch. Solch ein Zusammenbruch wird herbei geredet und ist gewollt, von der starken Lobby des internationalisierten privaten Versicherungs- und Finanzsektors, von der gesellschaftlich-politischen Strömungsrichtung des Neoliberalismus. Darum muss für uns Grüne gelten: die Solidarität und Gemeinwohlorientierung des Systems ist nicht dessen Schwäche sondern vielmehr seine Stärke; diese aus- statt abzubauen muss die Grundausrichtung unserer Gesundheitspolitik bleiben.

5. Widersprüche

Neben den Lücken, sind es vor allem zwei grundlegende Widersprüche, die die starke Ausrichtung des AutorInnenpapiers auf Markt und Wettbewerb erzeugt, die hier genannt werden müssen.

5.1 Der „Umverteilungsstaat“ und die „Rundumversorgung“ vs. reale Verhältnisse

„Der klassische (...) Umverteilungsstaat hat angesichts der weltweit stattfindenden Umbrüche seine besten Tage hinter sich“, so die AutorInnen kategorisch.

Die Realität:

Der Zuwachs des gesamten Volkseinkommens betrug in den vergangenen beiden Jahren 68 Mrd. € (2005: +26 Mrd. €, 2006: +42 Mrd. €). Bei der Verteilung dieses Zuwachses entfielen –4 Mrd. € auf die Arbeitnehmerentgelte und +72 Mrd. € (2005: +32 Mrd. €, 2006: +40 Mrd. €) auf die Einkommen aus Gewinn und Vermögen. Die Lohnquote sank in Deutschland von 1983 bis zum Jahr 2005 von 78% auf gerade noch 70,6%. Diese disproportionale Verteilung des Mehrwerts zwischen Arbeit und Kapital schlägt sich folgerichtig in der Verteilung der privaten Geldvermögen nieder (Siehe: 4.5 *Jahrhundertsteuerreform II, III, IV usw.* oder die „Senkung der Unternehmenssteuersätze“).

Feststellungen, wie die Katrin Göring-Eckarts, dass „wir weniger zu verteilen (haben), denn je“, stellten die Grünen dann auch während der Regierungszeit regelmäßig vor die intellektuelle Herausforderung, einigermaßen schlüssig zu erklären, woher dieses „Mehr“ an „weniger“ eigentliche herrühre, bzw. wohin sich die Zuwächse des Volkseinkommens eigentlich verflüchtigten. So blieb es dem „Grünen Rebellen“ Oswald Metzger (Kurator der INSM, Siehe: 7. *Verflechtungen* - Bertelsmann, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft & Co.) vorenthalten „Einspruch!“ gegen den „organisierten Staatsbankrott“ und den „Umverteilungsstaat“ zu erheben und mit betriebswirtschaftlicher Sachkenntnis Löhne prinzipiell nur als Kosten zu deklarieren („die Kosten der Arbeit!“) und damit den Menschen zum für die Wirtschaft eigentlich untragbaren Faktor zu erklären. Schließlich verkündete dieser und andere Grüne in den allsonntäglichen Runden der Sabine Christiansen das Schlüsselargument für den Sozialstaatsabbau: Gürtel schnalle man nicht im oberen Bereich enger, dies würde die Wirtschaft und somit den Wohlstand abwürgen, sondern naturgemäß eher im unteren Bereich.

Wir sehen die AutorInnen in dieser (noch jungen Grünen) „Tradition“, im Gegensatz zu diesen bezeichnen wir aber die diagnostizierten „weltweit stattfindenden Umbrüche“ als die goldenen Tage der Umverteilung im kapitalistisch-marktwirtschaftlichen System. Goldene Tage also für Geldeliten, die bestenfalls Funktionseleiten sind und sich dennoch als „verantwortungsvolle Leistungseliten“ selbst definieren und so zugleich vergessen machen wollen, dass in Märkten nicht die Leistung sondern primär die Knappheit entlohnt wird. Goldene Tage, in denen unsere Gesellschaft nicht nur in der Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern mittlerweile auch politisch und im sozialen Zusammenhalt auseinander driftet, wobei für die AutorInnen des Grünkapitalismus nun zentral zu sein scheint, auf welcher Seite der immer weiter auseinander klaffenden Schere sich die Partei funktionell endgültig zu positionieren hat. So wird ein „klassischer Umverteilungsstaat“ behauptet und zugleich für beendet erklärt, den es in der von den AutorInnen implizit nahe gelegten Form so nie gegeben hat, der selbst in seinen „besten Tagen“ bestenfalls ein Zurückverteilungsstaat war, der die schlimmsten Primärverteilungsergebnisse des seinerzeit noch nicht ergrünten Kapitalismus system- und demokratieerhaltend korrigierte. Wen der nun kommende „Grüne Kapitalismus“ am Ende dann tatsächlich nähren wird, scheint uns keineswegs bereits ausgemacht, nach Meinung der AutorInnen jedenfalls „nährt (dieser) nicht die Illusion staatlicher Rundumversorgung und individueller Zukunftsvergessenheit, sondern unterstützt die Einzelnen darin, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.“ Die beiden Fragen, ob das keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Arrangement des Sozialstaates den/die Einzelne(n) tatsächlich zu einem/einer Art zukunftsvergessenen TräumerIn gemacht hat (und vielleicht sogar tendenziell macht), oder ob es zum anderen tatsächlich der/die Einzelne ist, der/die die Verantwortung für die Zukunft überhaupt übernehmen kann, sind zwar für uns zentral, in der Logik der AutorInnen aber offenbar zweitrangig, da ja sowieso „nur durch die Kreativität eines dynamischen verantwortlichen Unternehmertums“ Rettung in Sicht ist. Wir stellen hingegen fest: Ohne den Wohlfahrtsstaat hätte es die Neuen Sozialen Bewegungen, die Hauptquelle der heutigen Grünen, nie gegeben, auch nicht ohne die Einsicht, dass jene „Kreativität eines dynamischen verantwortlichen Unternehmertums“ eben auch immer der Optimierung der Natur- und Menschengenutzung, des Ausschlusses der Frauen, der Verhinderung der

Weiterentwicklung der Demokratie usw. galt. Bei aller auch von uns festgestellten Notwendigkeit, den Sozialstaat zu bewahren und zu hüten, käme es darum einem politischen Selbstmordattentat der Grünen auf den Sozialstaat gleich, sich nun nahtlos in den Chor der Diffamierungen („Rundumversorgung“, „Zukunftsvergessenheit“) des alten Sozialstaates weiter einzureihen, die Unternehmen kurzerhand für allein verantwortlich zu erklären und die staatliche Unterstützung tendenziell von den Bürger- und ArbeitnehmerInnen weg- und zu den UnternehmerInnen hinzulenken, d.h. im Gottvertrauen auf Grüne unsichtbare Hände die in der Hauptsache über Lohnsteuern aufgebrauchten öffentlichen Mittel gleich an die Unternehmen auszuzahlen (Sozialhilfe für das Kapital: eine „Unternehmenssteuerreform“, d.h. Unternehmenssteuerabsenkung nach der anderen, Kombilöhne oder kombilohnähnliche Modelle etc.).

Wir hingegen sagen keineswegs im einfachen Umkehrschluss, der Sozialstaat habe seine besten Tage noch vor sich, wir sagen, er steht mittlerweile auf dem Spiel, da der ihn tragende politische Konsens erodiert. Wir sagen auch nicht, wie etwa Gerhard Schröder, dass wir allein den Sozialstaat umbauen müssen, um ihn zu retten. Wir sagen, dass nicht der Sozialstaat sich primär der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft sich den sozialen, demokratischen und ökologischen Erfordernissen angleichen muss und folglich sozialisiert und ökologisiert und damit zunächst demokratisiert werden sollte: Im Steuersystem, in der materiellen wie immateriellen Mitbestimmung und Mitbeteiligung der ArbeitnehmerInnen an den Unternehmen usw. Dazu bedarf es keines kurzfristigen bündnisstrategischen, rhetorischen Umbiegens unser Programmatik auf FDP- oder CDU-Kompatibilität („Wettbewerb“, „Schöpfung“ etc.), sondern vielmehr einer langfristig-strategischen Rückbesinnung auf die emanzipatorische Werteorientierung unserer Partei auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

5.2 „Vorsprung der deutschen Wirtschaft“ vs. außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Politik nur noch in Marktverhältnissen zu denken, kann auch bedeuten, dass bei der Formulierung politischer Ziele mit dem Denken auch die Sprache entgleitet. Denn, wie anders ist es eigentlich zu verstehen, dass die Grünen nun den „Vorsprung der deutschen Wirtschaft (...) weiterentwickeln“, „Deutschland zu einem Leitmarkt“

machen und überhaupt „die Märkte von Morgen beherrschen“ wollen? „Grüner Kapitalismus“ also doch als Kapitalismus pur? Dass sich die wirtschaftsliberale Theorie immer dann, wenn die Frage der wirtschaftlich-politischen Interessenvermischung ins Spiel kommt, relativ rasch in eine merkantilistisch-nationalprotektionistische Praxis verflüchtigt, scheint für uns ein Hauptmerkmal des Wirtschaftsliberalismus zu sein. Doch sollen die Grünen in ihren wirtschaftspolitischen Forderungen nun tatsächlich nahtlos an die seit je her export- und angebotsorientierte bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik anschließen und einfach nur die Schwerpunkte dieses Protektionismus und Subventionismus vom Automobil- und Maschinenbau und der Chemie nun auf erneuerbare Energien und ressourceneffiziente Technologien verlagern?

Zunächst einmal halten wir das sich zunehmend schließende, globale Zeitfenster (Siehe: jüngster UN-Bericht zum Klimawandel), welches uns bleibt, um unsere Wirtschaftssysteme in ihrem Ressourcen-, Energie- und Naturverbrauch vollständig auf eine naturgrundlagengebundene Kreislaufwirtschaft umzubauen für bereits sehr klein. Hierbei allein auf die Mechanismen des Marktes und der Profitmaximierung zu setzen, wäre in der Tat jene „offene Wette“, die Ralf Fücks mit seinem „Grünen Kapitalismus“ offenbar einzugehen gewillt ist. Wir können uns der Märkte sicher bedienen, im Übrigen ohne sie gleich „beherrschen“ zu müssen, wir müssen aber auch markt- und kapitalismusunabhängige, politisch gewollte Technologie- und Wissenstransfers ermöglichen und jetzt zeitnah forcieren. Wir sind in der Tat so verwegend, uns vorstellen zu können, eine gute nachhaltige Idee ohne den Antrieb des Profits zu entwickeln und um ihrer, der anderen und unserer selbst willen an andere solidarisch weiterzugeben.

Wirtschaftspolitisch würde diese von uns bei den AutorInnen befürchtete Tendenz zum Festhalten an der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft den großen nicht nur theoretischen, sondern sich seit Jahrzehnten auch ganz praktisch auswirkenden Widerspruch der bundesrepublikanischen Wirtschaft bestehen lassen: Die deutsche Wirtschaft ist keine sich selbst tragende Ökonomie, vielmehr eine Art Produktionsstätte der Welt, die gegenüber ihren vielen Handelspartnern einen ordentlichen Handelsbilanzüberschuss aufzuweisen hat. In dieser Hinsicht ist die Bundesrepublik das negative Abziehbild der USA. Dort wo die USA gegenüber

nahezu allen Volkswirtschaften der Erde eine negative Handelsbilanz aufzuweisen hat und die ständigen Kapital- und Konsumgüterimporte nur durch politischen und militärischen Druck absichern kann, dort setzt sich die Bundesrepublik auf Grund ihrer einseitigen Exportausrichtung selbst einem außerordentlichen Wettbewerbsdruck aus, der sich seinerseits in einem ständigen Druck auf die Reallöhne und Lohnstückkosten auswirkt. Die große Mehrheit der deutschen Betriebe, die nach wie vor klein- und mittelständische Betriebe sind, haben die Folgen der sich daraus ergebenden schwachen Binnenkaufkraft zu tragen. So werden „die anhaltenden Exporterfolge auf der Basis gesteigener Wettbewerbsfähigkeit“ von den AutorInnen ausdrücklich positiv hervorgehoben ohne die Kehrseite auch nur zu erwähnen: Zur strukturell und konjunkturell schwachen Binnennachfrage kommt eine hartnäckig hohe strukturelle Massenerwerbslosigkeit, deren Ursache nicht nur aber auch in den ständigen Rationalisierungsprozessen der Exportwirtschaft im Wettbewerbsdruck zu finden ist. Die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Konzerne und Konzernverbände der deutschen Wirtschaft ist für uns nicht das eigentliche Problem, sie ist vielmehr längst Oberprinzip bundesrepublikanischer Wirtschaftspolitik in beinahe allen Parteien. Das Problem ist die sich hieraus ergebende wettbewerbsimmanente Vermachtung der deutschen Wirtschaft, die, auf Grund einer aggressiven Weltmarktorientierung bei hohen Leistungsbilanzüberschüssen, den Wettbewerbsdruck politisch und wirtschaftlich auch nach innen weiter gibt: Auf die Löhne, Gehälter, Unternehmensbesteuerung und Sozialversicherungsausgaben, die für diese nur noch Kosten darstellen, und ebenso auf die Politik, die sich auch unter Rot-Grün mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 in dieser Struktur eingerichtet hat.

Der Satz: „Wenn es der deutschen Wirtschaft gut geht, geht es dem Land gut“, ist längst widerlegt – Die Bundesrepublik, der Exportweltmeister und große Sieger der Globalisierung, bringt zunehmend seine eigenen Verlierer im Inneren hervor.

Ist die Ausprägung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in den USA und der Bundesrepublik auch ganz unterschiedlich, so ähneln sich doch die Folgen der unverhältnismäßigen Export- bzw. Importabhängigkeit: Zu einer beinahe unvermeidlichen hohen Staatsverschuldung, die in Deutschland einer sich aus der Situation zwangsläufigen ergebenden Verschiebung von der Primär- auf die

Sekundärverteilung geschuldet ist (Der Sozialstaat trägt am Ende die Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft), gesellt sich eine auch strukturell und personell immer mehr verfestigende Vermischung von Außenpolitik und außenwirtschaftlicher Interessendurchsetzung. Dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte von Heute die Kriege von Morgen sein können, wissen wir aus der Geschichte zur Genüge. Wir fordern daher die Grünen dazu auf, dem Prinzip des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in Zukunft selbst eine größere Gewichtung zu geben, unsere Grundausrichtung eines fairen, d.h. Markthierarchien aufbrechenden und in der Arbeitsteilung und im Marktzugang gerechteren Welthandels ernster zu nehmen, binnenwirtschaftliche Aspekte stärker zu berücksichtigen und folglich derlei neue wirtschaftliche Großmachtträume sehr viel differenzierter zu betrachten.

6. Verflechtungen - Bertelsmann, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft & Co.

Der Einfluss von Lobbyisten, die massivst Arbeitgeberinteressen vertreten, geht auch bei Bündnis 90/ Die Grünen über die übliche Lobbyarbeit, also das einfache „Beraten“ von Politik, noch hinaus.

Neoliberale Think-Tanks, die als Stiftungen auftreten, wie z.B. die Stiftung Marktwirtschaft, die Bertelsmann-Stiftung oder auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erscheinen nicht in der vom Deutschen Bundestag regelmäßig gepflegten, mittlerweile fast 700 Seiten langen Lobbyistenliste, weil sie keine Verbände im Sinne der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO BT) sind. Gerade sie sind es aber, die demokratiegefährdend nicht nur Einfluss auf die öffentliche Meinung, sondern durch ihre Vertreter auch direkt Richtungsentscheidungen der politischen Parteien bestimmen wollen.

Auch Grüne Bundestagsabgeordnete, die in exponierten Positionen der Partei zurzeit die Entwicklung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik mitgestalten, kommen teilweise selbst aus solchen neoliberalen Think-Tanks wie z.B. der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen, Gerhard Schick, der nicht nur in Praktikum (Roland Berger) und wissenschaftlicher Karriere (Walter-Eucken-Institut) die kaderschmiedenartigen Strukturen des Neoliberalismus geradezu klassisch durchlaufen hat, sondern hiernach auch jahrelang für die offensichtlich CDU-nahe Stiftung Marktwirtschaft und anschließend für die Bertelsmann-Stiftung,

die ihren Fokus mit dem Ziel marktradikaler Veränderungen zunehmend auf die Privatisierung des gesamten öffentlichen Sektors richtet, tätig war. Grüne Bundestagsabgeordnete agierten zeitweise sogar selbst als BotschafterInnen bzw. KuratorInnen (Oswald Metzger) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall jährlich mit ca. 10 Mio. € unterstützt wird. Mit dem Engagement Grüner PolitikerInnen bei der INSM schließt sich gewissermaßen sogar ein historischer Kreis. Es war deren eigentlicher Initiator und führende Kopf, der ehemalige Bundesbankchef Hans Tietmeyer (Helmut Schmidt: „Staat im Staate“), der zusammen mit Otto Graf Lambsdorff (FDP) 1982 mit dem „Lambsdorff-Papier“ die eigentliche Blaupause des neoliberalen Umbaus der Republik verfasst hatte (Senkung der Unternehmenssteuern und Erhöhung der Mehrwertsteuer, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Abbau von Sozialleistungen, Privatisierungen und Rückzug des Staates um „die Marktkräfte freizusetzen“). Mit dem Aufspringen Grüner PolitikerInnen auf diesen Zug, bzw. der schleichenden Okkupation der Partei aus dieser ideologischen Strömungsrichtung ist es nicht verwunderlich, dass bis heute der Prozess der Weiterentwicklung unseres wirtschaftlichen Profils verstärkt einseitig beeinflusst wird. So waren z.B. über die Hälfte der beim Grünen Wirtschaftskongress 2006 in Gütersloh geladenen „Experten“ entweder der Bertelsmann-Stiftung oder der INSM zuzuordnen.

Beim darauf folgenden Wirtschaftskongress der Bundestagsfraktion gab es beispielsweise beim Workshop zum Thema „Steuern und Beschäftigung“ ein ausgesprochen unternehmerfreundliches Fazit, nicht zuletzt wohl wegen des einseitig besetzten Podiums. Auf diesem saßen neben der ehemaligen Botschafterin der INSM, Christine Scheel, nur noch ein weiterer Vertreter (Kurator) der INSM, Siegmund Mosdorf, und mit Stefan Bach ein Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dessen Leiter, Klaus F. Zimmermann, seine Verbundenheit zur INSM zeigt, indem er sich für ganzseitige Zeitschriftenanzeigen der INSM zur Verfügung stellt.

Wir Grünen müssen uns in mit aller Kraft gegen diese Art von Manipulation der öffentlichen Meinung insgesamt und vor allem gegen solch unerträgliche und die Partei in ihrer Substanz angreifenden Beeinflussung zur Wehr setzen.

7. Alternativen

Eine konkret-inhaltliche Ausarbeitung unserer Alternativen werden wir an anderer Stelle vorstellen. Dennoch gibt es bereits jetzt einige Punkte, die wir als erste strategische Konsequenzen des Versuchs der neoliberalen Umdeutung unserer Programmatik durch das AutorInnenpapier zur Diskussion stellen wollen.

7.1 Innerparteiliche Basisdemokratie

Als erste Konsequenz der eben beschriebenen Entwicklungen und der Art und Weise, wie uns das AutorInnenpapier inhaltlich und strategisch präsentiert wurde, regen wir an, einen *Wissenschaftsrat Grüne Basis (WRGB)* ins Leben zu rufen. Bündnis 90/Die Grünen sind, auch und gerade an der Basis, eine sehr gut gebildete, geistig lebendige und innovative Partei. Als Gegenmodell eines unserer Ansicht nach gescheiterten Projektes der Beraterpolitik und –republik, der ideologisch wirtschaftsliberal ausgerichteten starken und untergründigen Beeinflussung der Demokratie durch Stiftungen (z.B. Bertelsmann etc.), Initiativen (z.B. Initiative neue soziale Marktwirtschaft etc.) und Wirtschaftsberatern (z.B. Ernst & Young etc.), halten wir es für dringend notwendig, unsere programmatische Autonomie zu erhalten bzw. zurückzugewinnen, indem wir unsere intellektuellen Fähigkeiten wieder selbst organisieren. Der *WRGB* soll die bestehenden Strukturen (z.B. BAGs, LAGs, AGs auf Kreisverbandsebene etc.) nicht ersetzen, sondern wissenschaftlich begleiten und dabei für eine Wiederbelebung basisdemokratischer Parteikultur eintreten.

Zweitens erscheint es für uns notwendig, unseren Focus stärker auf die innerparteiliche Transparenz zu lenken. So wünschenswert es auch ist, dass aktive Mitgliedschaften Grüner PolitikerInnen (z.B. bei attac, INSM, Bertelsmann, Gewerkschaften usw.) innerparteilich transparenter sein und damit stärker diskutiert würden, so scheint uns doch eine Lösung der Problematik einseitiger programmatischer Beeinflussung allein über Satzungsfragen (z.B. über etwaige Mitteilungs- und Transparenzpflichten) eher ungeeignet. Auch ein stärkeres Thematisieren von Personalfragen in diesem Zusammenhang würde am eigentlichen inhaltlichen und strukturellen Kern der Problematik nichts ändern. Um in Zukunft derlei einseitig neoliberale Marketingveranstaltungen im Namen der Partei wie den oben erwähnten Wirtschaftskongress 2006 in Gütersloh zu vermeiden und eine

notwendige Parität zu wahren, schlagen wir darum vor, die Arbeitsprozesse der Grünen stärker gegenüber strikt demokratisch ausgerichteten zivilgesellschaftlichen Initiativen wie z.B. LobbyControl zu öffnen.

Brauchen die Grünen jetzt etwa schon Supervision? Das Problem liegt unseres Erachtens tiefer, als dass es mit solchen vordergründigen Fragen einfach beiseite geschoben werden könnte. Die von uns angemahnten Öffnungen nach Innen (z.B. *WRGB*) und Außen (z.B. LobbyControl) zielt auf eine Transparenz und folglich Entflechtung, die nach einem viertel Jahrhundert neoliberaler Strömungspolitik in nahezu allen Parteien zum Teil erst wieder hergestellt werden muss. Die von uns festgestellte Ver(betriebs)wirtschaftlichung der Demokratie höhlt unseres Erachtens mittlerweile auch die programmatische Substanz und die besondere Stellung der Grünen im bundesdeutschen Parteienspektrum aus. Als relativ junge, werteorientierte Partei mit klaren Emanzipations- und Veränderungszielen, würde für uns ein Sich-Einrichten in die von uns kritisierten Verflechtungs- und Beeinflussungsstrukturen eine Art der Normalisierung bedeuten, die über kurz oder lang zum Totalverlust unserer Glaubwürdigkeit führen wird. Bündnis 90/Die Grünen als moderne, emanzipatorische Linke tragen als solche in der Tat in besondere Weise einen Machtkonflikt aus, der ein gesellschaftlicher geworden ist: Den zwischen der Verwirtschaftlichung der Demokratie *oder* der Demokratisierung der Wirtschaft.

7.2 Zivilgesellschaftliche Basisdemokratie

Bündnis 90/Die Grünen stammen aus den neuen sozialen Bewegungen und der Neuen Linken. Unsere Bündnisse mit diesen wurden allerdings die letzten Jahre geschwächt. Daher streben wir wieder eine stärkere Zusammenarbeit und Diskussion mit globalisierungskritischen Bewegungen wie attac oder der Bundeskoordination Internationalismus, den feministischen Bewegungen und der Friedensbewegung an.

Auch unsere Kontakte zu Gewerkschaften sind eher unterentwickelt. Dass dies nicht sein muss, zeigt die österreichische Grüne Richtungsgewerkschaft AUGÉ (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen) oder in den Vereinigten Staaten die inhaltliche Nähe Grüner zur IWW (Industrial Workers of the World). Einerseits sollten

(insbesondere links-) gewerkschaftliche Positionen innerhalb Grüner einen stärkeren Stellenwert erhalten, andererseits sollte die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft innerhalb Grüner auch zur Regel werden. Auch Erwerbsloseninitiativen und Sozialforen müssen eine stärkere Öffentlichkeit bekommen. Diese sind besonders stark von der Prekarisierung betroffen. Hier muss eine möglichst starke Vernetzung auch z.B. mit Studierenden angestrebt werden, damit die inhomogen Prekarisierten eine gemeinsame Stimme entwickeln können. Gemeinsam mit diesen wollen wir unsere Forderung nach einer Grundsicherung/einem Grundeinkommen weiterentwickeln. Weitere BündnispartnerInnen sind Studierendeninitiativen und SchülerInnenvertretungen. Auch hier sollte die Mitarbeit Grüner bzw. grün-naher Jugendlicher zur Regel werden. Hinzu kommt das Bündnis mit Kräften aus dem Menschen- und Grundrechtesspektrum. Ein Beispiel wäre hier FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) und dessen Einsatz für soziale Grundrechte.

Die Teilnahme an Bündnisveranstaltungen sowie die Dokumentation selbiger muss parteiintern einen weit höheren Stellenwert erhalten. Ein erster Schritt hierzu wäre, Organisationen Werbung für ihre Veranstaltungen in unseren Publikationen und Vertriebsstrukturen zu ermöglichen. Eine Öffnung unserer Publikationen und Vertriebsstrukturen gegenüber zivilgesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen ist dabei grundsätzlich anzustreben. Bei dem auch bei uns Grünen zunehmend zu beobachtenden Trend der stark von Interessengruppen gelenkten Beraterpolitik (Siehe: 7. Verflechtungen - Bertelsmann, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft & Co.) und der mit dieser einhergehenden einseitig-strategischen Begriffssetzung (Die Begriffe „Grüne Marktwirtschaft“, bzw. „Grüner Kapitalismus“ sind für uns solche Begriffssetzungen), wollen wir eine basisdemokratisch orientierte Umkehr erreichen.

7.3 Elemente Grüner Wirtschaftsdemokratie

Abschließend wollen wir eine erste grobe Systematik Grüner Wirtschaftsdemokratie zur Diskussion stellen. Angestrebt wird eine Demokratisierung der Wirtschaft und nicht eine Verwirtschäftlichung der Demokratie, die uns das AutorInnenpapier mehr oder weniger nahe legt. Uns hingegen geht es in der Tat um ein ganzheitliches, gesellschaftliches Grünes Demokratieverständnis.

Nicht allein der politische Überbau der Gesellschaft soll parlamentarisch-demokratisch konstituiert sein, vielmehr soll das demokratisch-politische System weiterentwickelt und auf die ökonomische Sphäre ausgedehnt werden. Die Wirtschaftsdemokratie muss dabei als gesellschaftliches Emanzipationskonzept begriffen werden, das eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herstellt, indem die Prinzipien demokratischer Legitimation, Mitgestaltung, Partizipation und Kontrolle vom politischen Bereich auf die Wirtschaft übertragen werden. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass es Marktsysteme ohne Kapitalismus gegeben hat und auch nach dem Kapitalismus weiterhin geben wird. Uns geht es hierbei zwar nicht um eine Aufhebung der marktwirtschaftlichen Ordnung, sehr wohl aber um die einer politisch gescheiterten kapitalistischen Gesellschaft und die Überwindung des destruktiven Gegensatzes zwischen Lohn- und Gewinninteressen. Kurz: Grüne Wirtschaftsdemokratie umfasst eine primär gemeinwohl- statt profitorientierte Gestaltung der Wirtschaft.

Vier gesellschaftspolitische Ziele sollen mit der Grünen Wirtschaftsdemokratie erreicht werden:

Erstens eine für die Mehrheit der Menschen intervenierende staatliche Wirtschaftspolitik, die sowohl Konjunktur- und Wachstumsprozesse aussteuert, als auch ökologische Erfordernisse integriert und verteilungsgerechte Marktergebnisse korrigiert (Globalsteuerungsziel).

Zweitens muss die zur Zeit bestehende Marktmacht uneingeschränkt bekämpft werden, marktbeherrschende Unternehmen sind unter Kontrolle zu nehmen (Ordnungsziel).

Drittens geht es um die Teilhabe der abhängig Beschäftigten an den von ihnen geschaffenen Gewinnen, und ebenso um die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen in ihren Unternehmen sowie um die Entwicklung neuer Anerkennungs- und Entlohnungsformen von bisher nicht bezahlten Formen der Arbeit (Partizipations- und Integrationsziel).

Viertens geht es um die Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten lohnabhängiger Arbeit mit ihrer Fremdbestimmung und Existenzangst (Emanzipationsziel).

Grüne Wirtschaftsdemokratie verlangt für das Erreichen dieser Ziele einen Dreiklang in Form einer integrativen Vernetzung der Wirtschaft auf der Makro-, Meso- und Mikroebene.

Auf der Makroebene gilt es, die gesamtwirtschaftlichen Aspekte zu koordinieren. Hierzu zählen die Fiskal-, Geld- und Sozialpolitik, die Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und die Umweltpolitik. Bei der Fiskal- und Geldpolitik muss das „magische Viereck“ zu einem „gesamtwirtschaftlichen Sechseck“ erweitert werden. Dazu zählen dann ein nachhaltig ausgesteuertes Wirtschaftswachstum, ein hoher Beschäftigungs- bzw. integrativer Arbeitsgrad, Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie die Erreichung höchster Umweltstandards und eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfungen in ihren geld- und nichtgeldwerten Formen. Die Umweltfrage ist hierbei im Kontext eines qualitativen Wachstums einzuordnen und die Verteilungsfrage sowohl im Rahmen der primären (Verteilung der Wertschöpfung zwischen Lohn und Gewinn, Verteilung der Produktivitätszuwächse zwischen Arbeit und Kapital) als auch der sekundären Verteilung (einem adäquaten Sozialstaat) zu sehen.

Die Mesoebene wird durch die Marktsteuerung gebildet, zu der zum einen Wettbewerbs- und Antikartellrechtspolitik gehören, zum anderen aber auch Verbraucherschutz, Tarifpolitik (mit Lohn- und Arbeitszeitfrage, wobei die Tarifbindung grundsätzlich durch die Pflichtmitgliedschaft von einerseits Arbeitgebern in Arbeitgeberverbänden und andererseits von Arbeitnehmern in Gewerkschaften zu gewährleisten wäre) und eine Regionalpolitik, die Strukturpolitik und Raumwirtschaft verzahnt.

Auf der Mikroebene geht es schließlich bei den einzelwirtschaftlichen Belangen, sowohl um die immaterielle (Ausweitung der Mitbestimmung an den unternehmerischen Prozessen) als auch materielle Teilhabe an den wirtschaftlichen Mehrwert-Ergebnissen der Unternehmen (echte Gewinnbeteiligung).

Als politischer Überbau der Wirtschaftsdemokratie muss der demokratisch legitimierte Staat in seiner Rolle als Gesetzgeber gegenüber dem ökonomischen Unterbau, der Wirtschaft, die Wirtschaftsdemokratie einsetzen. Nicht das Primat der Wirtschaft, sondern das uneingeschränkte Primat der Politik muss hier zum Tragen kommen.

Nordrheinwestfalen, Frühjahr 2007